



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/04/2013  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 10.07.2013  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. "Uns schickt der Himmel" - Die 72-Stunden-Aktion des BDKJ in Hagen  
Mündlicher Bericht
5. Geschäftsbericht 2012 des Fachbereichs Jugend und Soziales  
Vorlage: 0534/2013
6. Bericht über die Erfahrungen und Schwerpunkte der mobilen Jugendarbeit in Hagen
7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen  
Anlage
8. Kindertageseinrichtungen in Haspe  
Verbesserung der Versorgungsquote zur Erfüllung des Rechtsanspruches durch drei Neu- bzw. Umbaumaßnahmen  
Vorlage: 0566/2013
9. "Haus der Bildung für Kinder" in Altenhagen  
Vorlage: 0627/2013
10. Familienzentren in Hagen  
Vorlage: 0620/2013



11. Erziehungshilfen in Hagen  
Hier: Trends und Entwicklungen
12. Jahresberichte der Träger der Jugendhilfe  
Vorlage: 0560/2013
13. Aufstellung der Jugendschöffenliste  
hier: Nachmeldung  
Vorlage: 0625/2013
14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## II. Nichtöffentlicher Teil

---

1. Mitteilungen
2. Vertragsangelegenheiten  
Vorlage: 0646/2013
3. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden ganz herzlich zur letzten Jugendhilfeausschusssitzung vor der Sommerpause.

Er gibt den Wunsch weiter, den Punkt 10 „Bericht über mobile Jugendarbeit“ auf Punkt 5 vorzuziehen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Weiterhin nimmt Herr Strüwer die Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder Frau Witt und Frau Hamann vor.

Außerdem teilt er mit, dass Herr Dr. Schmidt sich aus dienstlichen Gründen entschuldigen lasse.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Strüwer nimmt Bezug auf das der Einladung beiliegende Schreiben der Evangelischen Jugendhilfe, in dem es um die Kostensteigerung im Bereich des Offenen Ganztages gehe. Er stellt fest, dass eine Lösung dieses Problems im Interesse aller Beteiligten sei. Er schlägt vor, mit Herrn Dr. Schmidt, Herrn Steuber und einem Vertreter des Schulamtes zu vereinbaren, wie man weiter vorgehen wolle.

Herr Steuber berichtet, dass das Betreuungsgeld ab 01. August diesen Jahres gezahlt werde. Zu diesem Zweck habe man gemeinsam mit Bochum und Dortmund beim Versorgungsamt eine verantwortliche Stelle, die dieses Betreuungsgeld auszahlen werde. Es werde in diesen Tagen eine Presseinformation dazu geben. Die Vordrucke seien auch im Fachbereich erhältlich. Außerdem gebe es im Internet Informationen zu dem Thema. Ab 01. August diesen Jahres betrage das Betreuungsgeld 100,- € und ab 01.08.2014 150 €.

Er erinnert an einen Beschluss, den der Jugendhilfeausschuss im Jahr 2010 gefasst habe, in dem es um eine Rahmenzielvereinbarung zur Weiterentwicklung der heilpädagogischen Tageseinrichtungen für Kinder gegangen sei. Diese Rahmenzielvereinbarung sei mit dem Landesjugendamt abgeschlossen worden. Vorgesehen sei gewesen, dass der Umwandlungsprozess innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre stattfinden solle. Es gehe darum, die Inklusion auch in Regeleinrichtungen zu tragen. Es habe in Hagen einen ausgezeichneten Vorschlag für eine Umsetzung in der Oase Loxbaum gegeben. Ein Hindernis seien die Umbaukosten von 70.000 € gewesen, die vom Träger nicht gestemmt werden konnten, so dass dafür kommunale Mittel einzu-



setzen waren. Die Rahmenzielvereinbarung sei unter der Voraussetzung der Kostenneutralität für die Stadt Hagen geschlossen worden.

Eine ähnliche Kostenneutralität habe auch das Land Nordrhein-Westfalen bei dieser Rahmenzielvereinbarung zugrunde gelegt.

Die Finanzierung könne nun nicht realisiert werden. Man habe ein Schreiben an die zuständige Ministerin vorbereitet, in dem das Thema Konnexität noch einmal ausdrücklich angesprochen werde. Außerdem habe man darauf hingewiesen, dass man trägerübergreifend ein gesamtstädtisches Inklusionskonzept beginnend ab 2013/2014 mit dieser ersten Einrichtung umsetzen wollte und dieses Konzept jetzt in Frage gestellt werde. Er werde dem Ausschuss über die Reaktion auf dieses Schreiben berichten.

Weiterhin habe man aktuell Anträge auf die Übernahme von Trägeranteilen für 37 Kindertageseinrichtungen vorliegen. Es handele sich um ein Volumen von 1.060.000 €. Das sprengt den bisher vom Rat genehmigten Finanzrahmen in Höhe von 750.000 €. Es stelle sich jetzt die Frage, wie man mit dieser Forderung umgehe. Es werde deutlich, dass die Träger zunehmend nicht in der Lage seien, mit den Kindspauschalen im Rahmen des KiBiz ihre Einrichtungen zu finanzieren. Man habe vereinbart, dass man die Träger kurzfristig zu einem Gespräch bitten werde.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es sich um eine Situation handle, die sehr unerfreulich sei. Er halte es für ausgesprochen wichtig, intensive Gespräche mit den beteiligten Trägern zu führen, um nach einer Lösung zu suchen.

Man solle bei der gesamten Beratung in Auge fassen, dass von der Landesregierung angekündigt worden sei, dass für 2014 ein Kindergartenfolgegesetz zum KiBiz erstellt werden solle. Dabei sollten neue Weichenstellungen gefunden werden. Es mache daher Sinn, neben der Qualität der Kinderbildung in Nordrhein-Westfalen auch über deren personelle und sachliche Ausstattung sowie die Reduzierung von Trägeranteilen zu sprechen.

Er halte es auch für vernünftig, die kommunalen Parlamente entsprechend zu beteiligen. Man sollte auch mit den Erfahrungen der Kindspauschalen aus den vergangenen Jahren versuchen, die Dinge in Richtung Land zu transferieren. Eine zusätzliche Belastung für die Kommune sei ungeheuer schwierig.

Er bittet, diesen Thema für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses nach der Sommerpause vorzumerken.

Herr Dahme möchte in diesem Zusammenhang auf einen Systemfehler hinweisen, der seines Erachtens vorhanden sei. Wenn bei den Trägern die Kindspauschalen erhöht würden, um das System auskömmlich zu machen, habe dies im Gegenzug sofort eine Erhöhung ihrer Trägeranteile zur Folge. Dieses Problem werde man natürlich in Hagen nicht lösen können.

Herr Strüwer gibt Herrn Dahme recht. Das Problem bestehe darin, dass die Wirklichkeit vor Ort, wenn es um die Finanzierung der Kindertagesstätten gehe, nicht mehr dem entspreche, was in den Landesgesetzen verankert sei.

Frau Burghardt weist auf den Weltkindertag hin, der in diesem Jahr am 20. September stattfindet. An diesem Tag werde wieder ein großes Kinderfest im Ferdinand-David-Park stattfinden, zu dem sie alle Ausschussmitglieder herzlich einlade.



### 3. Anliegen der Jugendräte

Frau Zejewski und Frau Tsolpidis vom Jugendrat berichten über ihre Aktivitäten und schildern ihre Anliegen (**siehe Anlage zu TOP 3**).

Herr Strüwer schlägt vor, die Anliegen in der nächsten Sitzung nach der Sommerpause zu diskutieren. Dann habe die Verwaltung zusammen mit den Jugendräten im Vorfeld Gelegenheit, die Angelegenheit zu prüfen und zu überlegen, wie man in der Sache weiterkomme. Er sei erfreut, dass in diesem Zusammenhang auch die Bereitschaft bestehe, Patenschaften zu übernehmen und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Das sei vorbildlich.

Die Vertreterinnen des Jugendrates sind mit dem Vorschlag von Herrn Strüwer einverstanden.

### 4. "Uns schickt der Himmel" - Die 72-Stunden-Aktion des BDKJ in Hagen Mündlicher Bericht

#### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Scharlau berichtet über die 72-Stunden-Aktion des BDKJ in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Herr Strüwer bedankt sich für den lebendigen Bericht. Er zeigt sich begeistert vom Engagement der jungen Leute, die Erstaunliches geleistet hätten, bedankt sich dafür und wünscht auch für weitere Aktionen viel Erfolg.

Frau Scharlau weist abschließend auf die ausgelegte Dokumentation hin, die bei Bedarf mitgenommen werden kann.

### 5. Geschäftsbericht 2012 des Fachbereichs Jugend und Soziales Vorlage: 0534/2013

#### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Aufgrund technischer Probleme wird der Tagesordnungspunkt 6 – Geschäftsbericht – vorgezogen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass der Geschäftsbericht in der heutigen Sitzung eingebracht werde und wie in den Vorjahren nach der Sommerpause ausführlich beraten werde.



Herr Steuber stellt den Geschäftsbericht anhand einiger Schwerpunkte vor.

Er nimmt Bezug auf den auf Seite 64 dargestellten Leistungsspiegel des Sozialpädagogischen Zentrums. Man habe einen neuen Organisationstitel gefunden. Das Sozialpädagogische Zentrum trage jetzt den Namen „Rat am Ring“. Er schlägt vor, in einer der nächstfolgenden Sitzungen aus dem Jahresprogramm der Schulpsychologen und der Erziehungsberatung zu berichten.

Herr Strüwer bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Steuber und lobt den ausführlichen Bericht.

### **Beschluss:**

Der Geschäftsbericht 2012 des Fachbereiches Jugend und Soziales wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

## **6. Bericht über die Erfahrungen und Schwerpunkte der mobilen Jugendarbeit in Hagen**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Blaschke und Herr Sander berichten über die mobile Jugendarbeit in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Herr Reinke und Frau Burghardt danken den Gästen für den Vortrag und wünschen für die mobile Arbeit weiterhin viel Erfolg.

Herr Strüwer macht deutlich, dass der Ausschuss auch weiterhin ein großes Interesse daran habe, weitergehende Informationen in diesem Zusammenhang zu bekommen. Er wünscht weiterhin alles Gute für die Arbeit.



**7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen  
Anlage**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Versteeg-Schulte verweist auf die übersandte Liste und erläutert den Sachstand der U3- Neubau- / und Umbauprojekte.

Frau Haack ergänzt die Ausführungen.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass es wichtig sei, dass bestimmte Problempunkte in der Liste herausgearbeitet worden seien. Man könne allerdings zufrieden sein, dass es offensichtlich gelungen sei, bedarfsgerecht zu planen. Es sei davon auszugehen, dass diese Quote nach oben gehen werde. Es sei daher sehr wichtig, dass die Förderbeträge von Bund und Land in vollem Umfang abgerufen und eingesetzt würden. Er sei froh, dass das in Hagen so umgesetzt würde.

Frau Haack, Frau Versteeg-Schulte und Herr Steuber beantworten Fragen von Frau Köppen, Herrn Schurgacz und Herr Reinke.

Herr Strüwer bittet die Verwaltung abschließend, den Ausschuss schriftlich darüber zu informieren, wenn es noch Änderungen in diesem Bereich geben sollte.

**8. Kindertageseinrichtungen in Haspe  
Verbesserung der Versorgungsquote zur Erfüllung des Rechtsanspruches  
durch drei Neu- bzw. Umbaumaßnahmen  
Vorlage: 0566/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Herr Steuber beantwortet Fragen von Herr Strüwer und Herrn Reinke.

Frau Versteeg-Schulte beantwortet eine Frage von Herrn Feldhaus.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Der Umsetzung der Maßnahmen Louise-Märcker-Straße, Salzburger Straße und Hüttenplatz wird zugestimmt.
2. Zum Standort Hüttenplatz sind ein vereinfachtes Verfahren zur Bebauungsplanänderung und ein Entwidmungsverfahren einzuleiten.





3. Die Maßnahmen werden zum Kindergartenjahr 2014/2015 realisiert.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	1		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 12  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0

**9. "Haus der Bildung für Kinder" in Altenhagen  
 Vorlage: 0627/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber beschreibt die Entwicklung des bisherigen Prozesses.

Frau Klos-Eckermann bedauert, dass das alte Gebäude nicht genutzt werden könne. Im Sinne einer konsequenten Weiterentwicklung der Schullandschaft sollte dieser Vorlage zugestimmt werden.

Herr Reinke erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage auch zustimmen werde. Er könne sich mit der Begrifflichkeit „Haus der Bildung für Kinder“ nicht anfreunden. Er fragt, ob man sich davon nicht lösen könne.

Herr Steuber antwortet Herrn Reinke in Bezug auf mögliche Bauvarianten, dass die beiden Alternativen geprüft worden seien. Die Entscheidung im Verwaltungsvorstand sei aufgrund der Tatsache gefallen, dass man sich nicht vorstellen könne, das alte Gebäude einer geordneten anderen Nutzung zuzuführen. In der Konsequenz müsste



das alte Gebäude dann auf Dauer von der Stadt unterhalten werden, ohne dass man aus dem Gebäude eine Refinanzierung erhalten könnte.

Frau Haack erläutert die geprüften Bauvarianten.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Hagen beschließt den Neubau einer Kindertageseinrichtung auf dem Grundstück Boeler Str. 39.

Die Maßnahme wird zum Kindergartenjahr 2014/2015 umgesetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	1		
FDP			
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 11  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

## **10. Familienzentren in Hagen Vorlage: 0620/2013**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer wundert sich im Nachgang darüber, dass man die Diskussion aus dem vergangenen Jahr so auslegen könne, dass keine neuen Familienzentren benötigt würden.



Er habe dazu eine ganz andere Erinnerung in die Richtung, dass mittelfristig jede Kindertageseinrichtung auch gleichzeitig Familienzentrum sein müsse. Das sei die Ausgangssituation gewesen. Das habe dazu geführt, dass in den ersten Jahren mit rasanter Geschwindigkeit die Familienzentren errichtet worden seien. Als der Ausbau dann in der Folge aufgrund von reduzierter Landesförderung gedämpfter gelaufen sei, sei man verstärkt dazu übergegangen, möglichst viele Einrichtungen miteinander zu verknüpfen, damit möglichst alle die Vorteile der zusätzlichen Finanzierung in Anspruch nehmen konnten.

Im vergangenen Jahr habe man eine Diskussion darüber geführt, dass es wirklich Sinn mache, eine Koordinierungsstelle zu haben, weil bestimmte Leistungen für alle Familienzentren konzentriert wahrgenommen werden könnten. Beratungstätigkeit und Serviceleistungen in den Familienzentren könnten sich besser und effektiver darstellen.

Es sei kein gutes Signal in Richtung des Landes, wenn man jetzt nur auf ein Familienzentrum zugreife. Er hoffe, dass die Übertragung ins neue Jahr funktioniere. Er sei der Meinung, dass möglichst viele Familienzentren in Hagen realisiert werden sollten.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Meldung zur Gründung eines weiteren Familienzentrums zum Kindergartenjahr 2013/2014 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	1		
FDP			
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 11  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0



**11. Erziehungshilfen in Hagen**  
**Hier: Trends und Entwicklungen**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goebels berichtet über Erziehungshilfen in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 11**).

Herr Strüwer wünscht, dass bei weiteren Berichten der Fokus darauf gelegt werde, was die präventiven Hilfen brächten. Dieser Nachweis müsste gegenüber der Aufsichtsbehörde gebracht werden, um deutlich zu machen, dass sich der Einsatz in präventive Hilfen lohne.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

**12. Jahresberichte der Träger der Jugendhilfe**  
**Vorlage: 0560/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer stellt fest, dass die Jahresberichte der Träger der Jugendhilfe als eingebracht gelten. Man könne sich während der Sommerpause Gedanken darüber machen, welche Träger man zur Berichterstattung einladen wolle.

**Beschluss:**

Der Bericht wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen



**13. Aufstellung der Jugendschöffenliste**  
 hier: Nachmeldung  
 Vorlage: 0625/2013

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der vom Fachbereich Jugend & Soziales aufgestellten Nachmeldeliste zur Vorschlagsliste vom 15.05.2013 für die Benennung von Jugendhaupt- und Jugendhilfsschöffen zu.

Die Liste ist Gegenstand der Niederschrift und wird vor Ort tagesaktuell ausgelegt..

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	2		
SPD	1		
FDP			
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	3		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 9  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0

**14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 19:10 Uhr

gez. Willi Strüwer  
 Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
 Schriftführerin